



An die deutschen (Klein)Sparer - 2

Von Friederike Spiecker | 01.10.2019 (editiert am 07.10.2019)

Die Behauptung, negative Zinsen zerstörten die Marktwirtschaft, stellt die Zusammenhänge auf den Kopf. Negative Zinsen sind die Folge und nicht die Ursache einer gestörten Marktwirtschaft.

In einer monetären, arbeitsteiligen Marktwirtschaft dient Sparen nicht der Finanzierung von Sachinvestitionen, sondern es behindert sie – weil es einen Nachfrageausfall darstellt ([vgl. Teil 1 dieses Beitrags](#)). Wozu aber dient das Sparen dann?

Das einzelwirtschaftliche Vorsorgemotiv des Sparens ...

Bei der angeblichen Tugend des Verzichts handelt es sich um den – durchaus verständlichen und rationalen – Wunsch eines Wirtschaftssubjekts, für die eigene Zukunft vorzusorgen. Man will aus heute geleisteter Arbeit und dafür bezogenem Einkommen einen Teil für morgen und übermorgen reservieren. Für den Fall, dass man morgen oder übermorgen nicht mehr so viel oder überhaupt nicht mehr arbeiten und Einkommen erzielen kann – zum Beispiel wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter –, scheint es sinnvoll zu sein, „Reserven“ in Form von Ersparnissen zu bilden.^[1]

Dieses Sicherheitsbedürfnis des einzelnen ist durchaus ehrenwert, zeigt es doch, dass derjenige sich in der Zukunft nicht einfach auf die Solidarität anderer Menschen verlassen möchte, die schon für ihn sorgen werden, wenn es ihm einmal schlecht ergehen sollte. Aber dieses Vorsorgemotiv reicht keineswegs aus, eine Art Recht auf positive Zinsen auf Ersparnisse abzuleiten. Geld bekommt nämlich salopp formuliert nicht von allein „Junge“, d.h. es vermehrt sich nicht einfach dadurch, dass

es vom Sparer auf die Bank getragen und dort auf einem Sparbuch gutgeschrieben wird.

... und seine gesamtwirtschaftlichen Folgen

Der gesamtwirtschaftliche Sachzusammenhang steht zum Vorsorgemotiv des einzelnen Sparer in einem bemerkenswerten Gegensatz. Denn jeder mit Arbeit verdiente, aber nicht wieder ausgegebene Euro bedeutet einen als Einnahme fehlenden Euro irgendwo anders in der Wirtschaft. Alles, was unter anderem auch mit der Arbeitsleistung der sparenden Einkommensbezieher produziert worden ist, findet nur Absatz, wenn diese Einkommen auch wieder ausgegeben werden (sieht man einmal von Nachfrageüberschüssen aus dem Ausland ab; dazu später mehr) – getreu der alten Erkenntnis, dass des einen Ausgaben des anderen Einnahmen sind. Wer Teile seines Einkommens spart, senkt also den Absatz irgendwo in der Wirtschaft – und zwar völlig unabhängig von der jeweiligen konjunkturellen Situation.

Wer im Gegenzug auf Halbe produziert hat, ist zum „Investor“ geworden. Derjenige „investiert“ nämlich in der Höhe, in der seine Produktion seinen Absatz übersteigt, in seine Lagervorräte. Das bedeutet automatisch, dass er sich verschuldet hat. Denn den Produktionskosten für die Lageraufstockung, die bei anderen zu Einkommen geführt haben, stehen keine Verkaufserlöse gegenüber.^[2]

Sparen ist solange ein bewältigbares Problem, solange andere Wirtschaftssubjekte so viel mehr ausgeben, als sie verdienen, sich also so stark verschulden, dass der von den Sparern verursachte Nachfrageausfall wettgemacht wird. Wieso aber sollten die Menschen, die das Sparproblem durch ihre Kreditaufnahme und Ausgabenfreudigkeit lösen helfen, dafür – vermittelt über die Banken – an die Sparer Zinsen zahlen? Man könnte umgekehrt argumentieren, dass die Leute, die sich durch ihre heutige Verschuldung bereit erklären, in der Zukunft mehr zu arbeiten, als sie konsumieren werden, und damit den zukünftigen Konsum der heutigen Sparer ermöglichen, dafür belohnt werden müssten.

Kein Schuldner ist auf Sparer angewiesen ...

Egal wie man zu dieser Frage steht, bleibt festzuhalten, dass sich mit dem Konsum- und Sparverhalten der Menschen die Höhe von Zinssätzen nicht begründen lässt, um genau zu sein: nicht einmal das Vorzeichen der Zinssätze, also wer an wen Zinsen zahlen sollte: der (Konsumenten-)Kreditnehmer an den Sparer als „Dank“ für die Möglichkeit vorgezogenen Konsums oder der Sparer an den (Konsumenten-)Kreditnehmer als „Dank“ für die Aufrechterhaltung der aktuellen Nachfrage und damit des aktuellen Gesamteinkommens.

Eindeutig ist lediglich, dass alle Sparer auf Schuldner angewiesen sind, damit das Gesamteinkommen, zu dem auch das Einkommen der Sparer zählt, nicht schrumpft. Ein Schuldner ist hingegen nicht auf Sparer angewiesen, weil Geld in Form von Kredit von Banken aus dem Nichts geschaffen werden kann.^[3] Das stellt eine wichtige Asymmetrie in unserem Wirtschaftssystem dar. Warum es und wann und in welcher Höhe Zinsen auf Ersparnisse gibt und warum und wann und in welcher Höhe Zinsen auf Kredite zu zahlen sind, wird in einer monetären, arbeitsteiligen Marktwirtschaft nicht

durch irgendwelche normativen oder gar moralischen Vorstellungen über ökonomische Verhaltensweisen bestimmt, sondern ist in der Funktionsweise des Wirtschaftssystems begründet.

... aber langfristig jeder Sparer auf erfolgreiche Schuldner

Und damit kommen wir zum eigentlichen Problem, das sich in den gegenwärtigen negativen Zinssätzen niederschlägt. Die [Behauptung, negative Zinsen zerstörten die Marktwirtschaft](#), stellt die Zusammenhänge auf den Kopf. Negative Zinsen sind die Folge und nicht die Ursache einer gestörten Marktwirtschaft. Die Europäische Zentralbank (EZB) reagiert mittlerweile nur noch auf die fatalen Zustände, die sie allein nicht wenden kann; sie hat sie aber nicht erzeugt, auch wenn man ihr vorwerfen kann, dass sie die eigentlichen Ursachen jahrelang nicht richtig und nicht deutlich genug adressiert hat.

Positive Zinssätze kann es *auf Dauer* nur in einer sich entwickelnden Wirtschaft geben, nicht in einer im Stillstand befindlichen, nur in einer Wirtschaft, deren Investitionsdynamik ausreicht, die Sparbemühungen der Wirtschaftsakteure zu überspielen und darüber hinaus die Menge an insgesamt verfügbaren Gütern (darunter Freizeit, bessere Luft-, Wasser- und Bodenqualität) zu erhöhen.

Da heutzutage die meisten Menschen mit dem Wort „Wachstum“ automatisch die Vorstellung von Ausbeutung unseres Planeten mit seinen begrenzten Ressourcen verbinden, ist es zur Vermeidung von Missverständnissen sinnvoll, von Entwicklung zu sprechen. Gemeint ist damit eine Verbesserung der Ausstattung mit und Qualität von „Gütern“, zu denen nicht nur Waren und Dienstleistungen zählen, sondern ebenso Freizeit (gleichbedeutend mit Verringerung von Erwerbsarbeitszeit) und der „natürliche Kapitalstock“, also Erhalt und Beschaffenheit der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft und Boden. Wenn etwa die Luftverschmutzung abnimmt, kann das als Steigerung des „Güter“-Angebots betrachtet werden, dem das Einkommen derjenigen gegenübersteht, die die Luftreinhaltung bewerkstelligt haben. Ist die Luft nur deshalb sauberer, weil weniger produziert wurde, steht dem Mehr an sauberer Luft ein Mehr an Freizeit gegenüber. Ob es sich dabei um unfreiwillige Arbeitslosigkeit handelt oder um freiwillige Muße, ist eines der zentralen Probleme der Klimaschutzdebatte. Aber das nur am Rande.

Wenn insgesamt betrachtet alle Sektoren sparen – angefangen von den privaten Haushalten über die Unternehmen bis hin zum Staat –, ist noch nicht einmal das Aufrechterhalten des erreichten Güter- bzw. Einkommensniveaus gesichert, geschweige denn eine Steigerung möglich.

Ohne eine solche Steigerung bedeuten Zinszahlungen auf Ersparnisse nur eine Umverteilung zugunsten der Sparer. Zinszahlungen auf Kredite, die zu einer Ausweitung der Produktion geführt haben – das sind in der Regel Kredite für Sachinvestitionen –, stellen im Gegensatz dazu keine reine Umverteilung dar, eben weil sie auf der realwirtschaftlichen Ebene die Menge verfügbarer Güter erhöht haben. (Dass Zinsen für Kredite an die kreditvergebenden Banken gezahlt werden und was sich daraus ableiten lässt, wird weiter unten erörtert.)

Mit anderen Worten: Zinsen auf Ersparnisse benötigen grundsätzlich erfolgreiche Investitionen in den Kapitalstock einer Wirtschaft, der selbstverständlich neben dem privaten auch den öffentlichen und

den natürlichen umfasst. Sparer sind sozusagen Trittbrettfahrer einer vernünftigen Investitionsentwicklung. Ihre Ersparnisse sind in keiner Weise Voraussetzung für produktiv verwendete Kredite. Vielmehr stellen die Ersparnisse wegen des mit ihnen zwangsläufig verbundenen Nachfrageausfalls in einer monetären Marktwirtschaft ein Hindernis für Investitionen dar. Nur bei einer Steigerung des realen Gesamteinkommens (wie gesagt einschließlich Freizeit, Luft-, Wasser- und Bodenqualität) können Sparer „belohnt“ werden, ohne das Wirtschaftssystem auf Dauer zu überfordern.

Eine zinsbedingte Umverteilung zugunsten der Sparer ohne entsprechende Entwicklung des Kapitalstocks kann allerdings eine Zeitlang stattfinden, doch irgendwann läuft sie sich tot. Das ist dann der Fall, wenn die Arbeitseinkommen so stark hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben sind und kein anderer Nachfrager (nämlich der Staat oder das Ausland) in die Bresche gesprungen ist, dass die Auslastung der Kapazitäten spürbar schwächelt. Dann sind die Unternehmen nicht mehr bereit, ihre Gewinne in Sachinvestitionen zu stecken.

Ob die Gewinne selbst parallel zur Auslastung der vorhandenen Kapazitäten schwächeln, hängt davon ab, wie lang und in welchem Umfang die Unternehmen die Zunahme der Entlohnung der abhängig Beschäftigten im Vergleich zur Entwicklung der Produktivität gedrückt haben. Je stärker ihnen das zum Beispiel dank einer starken Position bei Lohnverhandlungen gelungen ist, desto schneller gerät die Wirtschaft in Schieflage und stehen dadurch schließlich auch die Zinszahlungen an die Sparer auf dem Spiel.

Wie sich vor diesem Hintergrund erklären lässt, dass Deutschland trotz der großen Sparanstrengungen seiner drei Sektoren (private Haushalte, Unternehmen und Staat) in den letzten Jahren eine im Vergleich zu seinen Euro-Partnerländern erfolgreichere Wirtschaftsentwicklung zustande gebracht hat, lesen Sie in der Fortsetzung dieses Beitrags.

[1] Natürlich gibt es auch den Fall, dass man Geld für die Anschaffung eines besonders teuren und/oder langlebigen Konsumguts spart. Dieses Sparmotiv spiegelt oft das Problem wider, dass nicht jeder einen Konsumentenkredit zu für ihn akzeptablen Konditionen erhält. Für manchen fühlen sich Schulden auch einfach bedrückend an, so dass derjenige lieber erst die Summe erarbeitet und „anspart“, die er eines Tages ausgeben will. Bausparverträge haben in diesem Zusammenhang vor allem Signalcharakter: Sie zeigen der kreditgebenden Bank während der Ansparphase, dass der Bausparer in der Lage ist, auf einen Teil seines Einkommens in der Gegenwart zu verzichten. Das erhöht aus Sicht der Bank die Wahrscheinlichkeit, dass der Bausparer eines Tages einen in Anspruch genommenen Baukredit auch tatsächlich zurückzahlen wird.

[2] Das gilt für einen Dienstleistungsanbieter so ähnlich: Der stockt zwar nicht sein Lager auf, wenn er weniger Dienstleistungen als geplant verkauft, aber er kann seine Fixkosten schlechter decken und ist bei Unterauslastung bis zu einem gewissen Grad arbeitslos. Das heißt, sein Einkommen fällt geringer aus und er macht bei gleichbleibendem Konsum Schulden oder verringert seine Ersparnisse.

[3] Das funktioniert zwar aus regulatorischen Gründen nicht in beliebiger Höhe. Aber dennoch gilt, dass Banken für die Kreditvergabe nicht auf Spareinlagen angewiesen sind. Vgl. dazu [Deutsche Bundesbank, Geld und Geldpolitik, Stand:](#)

Frühjahr 2017, Seite 75 ff.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 01.10.2019 | Editiert am: 07.10.2019

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2019/10/an-die-deutschen-kleinsparer-2/>